

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 02.06.2022

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr, Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Achim Weigert

Fraktionsvorsitzender

SPD

Frau Elke Gerdes

Herr Ole Heimbeck

Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dirk Althoff

Herr Peter Brunnert

Herr Daniel Dewenter

Herr Harald Klein

Frau Kerstin Metten-Raterink

Fraktionsvorsitzender

Stell. Bezirksbürgermeisterin

Frau Christina Osei

Frau Hannelore Pfaff

Bezirksbürgermeisterin

FDP

Herr Gebhard Spilker

Die Linke

Herr Carsten Strauch

Verwaltung

Herr Georg Hellermann, Bezirksamt Brackwede

Frau Andrea Kimpel, Schriftführung, Bezirksamt Brackwede

Frau Mira von der Heide und Frau Kristin Albrecht vom Dorf Sentana zu TOP 10

Frau Ingrid Littmann vom Verein „Laika-Trost auf vier Pfoten zu TOP 11

Abwesend:

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Elke Herting

CDU

Herr Detlef Werner

Herr Heinz Faust

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Pfaff begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung zur 15. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Frau Elke Herting fehlt entschuldigt.

Frau Pfaff teilt mit, dass Herr Detlef Werner und Herr Heinz Faust auch nicht anwesend seien, da durch einen Verfahrensfehler die Aufnahme in die Bezirksvertretung Gadderbaum hätte zurückgenommen werden müssen und daher erst im August erfolgen könne.

Frau Pfaff erklärt, dass nach Versendung der Unterlagen noch eine Vorlage des Amtes für Verkehr (Drucksachen Nr.1631/2020-2025) und ein Antrag der Fraktion „Die Grünen/Bündnis 90“ (Drucksachen Nr. 4143/2020-2025) nicht fristgerecht eingegangen seien. Die Bezirksvertretung müsste zunächst über die Dringlichkeit beschließen und damit über die Aufnahme auf die Tagesordnung.

Frau Pfaff führt zur Vorlage des Amtes für Verkehr aus, dass das Amt für Verkehr, zu dem Zeitpunkt sei die Einladung zur Sitzung der BV Gadderbaum schon erstellt bzw. verschickt worden, dem Bezirksamt Brackwede am 25.05. mitgeteilt habe, dass in der Sitzung des Verwaltungsvorstandes am 24.05. der Vorlage zugestimmt worden und am frühen Nachmittag dann anschließend die Freigabe in Session durch den Stab des Dezernats III erfolgt sei.

Der späte Termin der Sitzung des Verwaltungsvorstandes habe sich bedauerlicherweise durch die umfangreiche Auswertung neuer Erkenntnisse über den Zustand aller Bielefelder Straßen für eine möglichst aktuelle und sachgerechte Auswahl der in den nächsten 5 Jahren denkbaren Straßenbaumaßnahmen ergeben.

Da der Stadtentwicklungsausschuss am 14.06. empfehlen und der Rat am 23.06. darüber beschließen solle, die nächste BV Sitzung erst nach der Sommerpause im August stattfinden, sehe sie die Dringlichkeit zur Aufnahme in die Tagesordnung als gegeben, um die Wahrnehmung der Mitbestimmung durch die BV gewährleisten zu können.

Herr Brunnert sieht die Dringlichkeit ebenfalls als gegeben.

Herr Weigert teilt mit, dass die CDU Fraktion keine Dringlichkeit sehe und sollte über diesen Punkt beschlossen werden, schließe er eine rechtliche Überprüfung nicht aus.

Frau Pfaff bittet Herrn Brunnert, die Dringlichkeit des v. g. Antrages der Fraktion „Bündnis 90/Die GRÜNEN“ zu begründen.

Herr Brunnert verweist auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Minden vom 19.05., in dem der Stadt Bielefeld empfohlen wird, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zu behandeln. Diese sei am 14.06.2022.

Herr Weigert erklärt auch hier, dass die CDU Fraktion keine Dringlichkeit sehe und sollte über diesen Punkt beschlossen werden, schließe er eine rechtliche Überprüfung nicht aus.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgende Beschlüsse:

1. Die Bezirksvertretung Gadderbaum hält die Behandlung der Vorlage in der heutigen Sitzung für dringlich und erweitert die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt
TOP 10 Wesentliche Neuerungen durch das 5. Änderungs-gesetz zum
Kommunalabgabengesetz (KAG) für das Land NRW.

-mit großer Mehrheit beschlossen-
10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

2. Die Bezirksvertretung Gadderbaum hält die Behandlung des An-trages in der heutigen Sitzung für dringlich und erweitert die Tages-ordnung um den Tagesordnungspunkt
TOP 6.2 Höchstgeschwindigkeit auf dem OWD in Gadderbaum
Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"

-mit großer Mehrheit beschlossen-
10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

getrennte Abstimmung einzelner Punkte

Zu Punkt 1

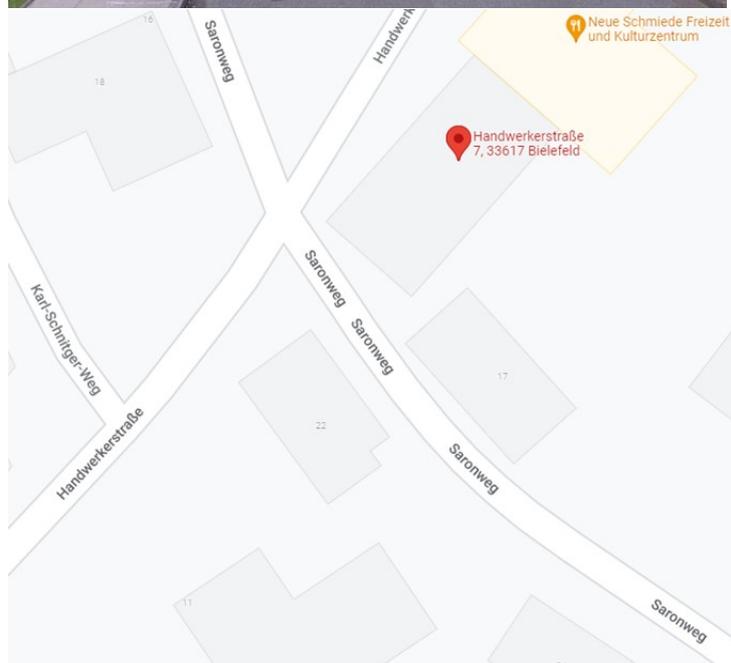
Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Frage von Fred Müller/Ortschaftsreferent Bethel
(Name darf genannt werden)

Frau Pfaff verweist auf die vorab schriftlich eingegangene Frage von Herrn Müller.

Ich bitte um Prüfung, ob ein Spiegel gegenüber, vor dem Haus Handwerkerstr. 7/Neue Schmiede, sinnvoll wäre?

Da wir insgesamt in der Ortschaft Bethel gute Erfahrungen mit der Errichtung von Verkehrsspiegeln an unterschiedlichen Verkehrs-knotenpunkten oder an schwer einsehbaren Verkehrskreuzungen gemacht haben, bitte ich die Mitglieder der Bezirksvertretung Gad-derbaum hiermit einmal zu prüfen, ob ein Verkehrsspiegel an der oben genannten Kreuzung auch hier die Verkehrssicherheit erhöhen würde.



Es handelt sich hier um eine vielbefahrene Kreuzung. Wenn man vom Kreisverkehr auskommend, die Handwerkerstraße hoch, auf den Saronweg zuführt, kann man erst spät die von rechts vom Saronweg kommenden Fahrzeuge sehen.

Herr Althoff hält diesen Spiegel für sinnvoll und unterstützt die Bitte.

Frau Pfaff bittet die Verwaltung um Weitergabe der Frage an das Amt für Verkehr.

Herr Müller bittet die Parteien darum, die Wahlplakate ab zu nehmen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 14.Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 28.04.2022

Frau Pfaff bittet um die Genehmigung der Niederschrift.

Herr Brunnert bittet um eine genauere Bezeichnung des Weges unter Tagesordnungspunkt 8, Seite 10 in der Niederschrift und dies auch an den Tierpark weiter zu leiten.

Es müsse heißen:

„Zudem müsse der direkt hinter dem Dammgehege verlaufende Weg ertüchtigt werden.“

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 28.04.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Mitteilungen der Bezirksbürgermeisterin

Frau Pfaff teilt mit, dass sie am 25.5. zur Einweihung des Pflegezentrums Hauses Hannah am Saronweg 2 gewesen sei. Dieses befand sich vorher am Remterweg.

Insgesamt hält sie die neue Einrichtung für eine Verbesserung im Vergleich zum alten Standort.

Bei Besichtigungsinteresse könnten sich die Bezirksvertretungsmitglieder an die Leiterin Frau Michels-Rieß wenden.

Johannistal zw. Uhlandstraße und Auf-/Abfahrt Ostwestfalendamm
Herstellung einer Radverkehrsführung Informationen zum Projektstart, Einladung zu Planungsworkshop und Informationsveranstaltung

Mittwoch, 22. Juni 2022 von 17.30 bis ca. 20.30 Uhr im Forum der Sekundarschule Bethel, Quellenhofweg 44, 33617 Bielefeld

Frau Pfaff fragt nach, ob die Meinung der Politik bei der Veranstaltung Berücksichtigung finden würde?

Herr Hellermann verweist an das Amt für Verkehr, dass die Federführung bei der Veranstaltung habe.

Ferienspiele Gadderbaum 25.7.-5.8.22

Frau Pfaff bittet um Unterstützung durch die Mitglieder beim Abschlussgrillen im Rahmen der Ferienspiele im Freibad Gadderbaum

am 5.8.22 in der Zeit von 11-13 Uhr.

Herr Heimbeck teilt mit, dass im Betriebssauschuss des Umweltbetriebs das Konzept des Tierparks Olderdissen für den Hockeyplatz auf den Weg gebracht worden sei und der Bezirksvertretung demnächst vorgestellt werde.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Zusätzliche Fahrradbügel am Bauerhausmuseum

Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4107/2020-2025

Frau Pfaff ruft den Tagesordnungspunkt auf und teilt mit, dass die Verwaltung noch keine abschließende Lösung gefunden habe, diese aber nach der Sommerpause mitteilen werde.

Wann werden im Eingangsbereich des Bauernhausmuseums zusätzliche Bügel für Fahrräder aufgestellt?

Begründung:

Die Fotos zeigen die Situation am Tag des Frühlingmarktes am 08.05.2022, der nach dem Bericht in der NW mehr als 1000 Besucherinnen und Besucher angelockt hat. Der Bedarf ist nicht zu übersehen.

Beobachtet habe ich mehr als 20 Fahrräder, überwiegend mit elektrischer Unterstützung, die außerhalb der vorhandenen Bügel abgestellt wurden. Wir sprechen uns ausdrücklich gegen Ordnungsmaßnahmen aus und fordern positive, attraktive Angebote für Radfahrende, die das Bauernhausmuseum gerade bei Veranstaltungen ohne PKWs aufsuchen möchten. Wir können uns zusätzliche Bügel insb. entlang des Zaunes vor der Bank vorstellen.

Ohne weitere Aussprache nimmt die Bezirksvertretung Gadderbaum Kenntnis.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Sicherheit für Radfahrende auf der Dornbergerstraße/Johannistal

Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4111/2020-2025

Frau Pfaff ruft die Vorlage auf.

Wie stellt sich die Verkehrsverwaltung sicheres nach links abbiegen

vor für Radfahrende, die von der „Dornberger Straße“ vom Johannisberg kommend auf die Straße „Johannistal“ abbiegen möchten?

Der vorhandene Radweg ist durch eine Bordsteinkante, einen Grünstreifen und teilweise durch einen Zaun nicht sicher erreichbar, Radfahrende werden auf die Fahrbahn gezwungen.

Zusatzfrage:

Wie stellt sich die Verkehrsverwaltung sicheres nach rechts abbiegen vor für Radfahrende, die vom Johannistal kommend auf die „Dornberger Straße“ in Richtung Bauernhausmuseum abbiegen möchten?

Radfahrende werden ab der Querungshilfe vor der Bushaltestelle gezwungen den Radweg vorzeitig zu verlassen oder müssen an der Einmündung zunächst vorbeifahren und einen vermeidbaren Umweg in Kauf nehmen.

Die Absenkung der Bordsteinkante, eine hinreichende Lücke im Zaun an der richtigen Stelle, ein gesicherter Aufstellbereich für Radfahrende ist zu prüfen.



Frau Pfaff verliest die Antwort des Amtes für Verkehr:

Die Planungen zur Verbesserung der Sicherheit für Radfahrende auf der Dornbergerstraße/Johannistal wurden vom Amt für Verkehr bereits aufgenommen. Dabei werden sowohl die Anschlüsse an die vorhandene Radinfrastruktur, als auch die Verkehrsführung auf der Strecke verbessert. Die Planungen werden in enger Abstimmung mit der Bezirksvertretung erfolgen.

Anschließend bittet sie die Verwaltung um eine getrennte Betrachtung von der anstehenden Planung für den unteren Bereich der Straße Johannistal von der Uhlandstraße bis zur Auffahrt Ostwestfalendamm sowie kurzfristige Planung und Umsetzung in dem in der Anfrage genannten Bereich.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Unerledigte Punkte vorangegangener Tagesordnungen**

Es liegen keine unerledigten Tagesordnungspunkte vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Anträge**

Zu Punkt 6.1 **Fahrradbügel für den Botanischen Garten**
Antrag der Fraktion "Bündnis 90/ Die Grünen"
Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 4115/2020-2025

Frau Pfaff bittet unter Verweis auf die Vorlage um Beschlussfassung.

Die Verwaltung wird gebeten im Bereich des Nebeneingangs zum Botanischen Gartens an der Treppe vor dem Haus „Am Kahlen Berg 2“ die Aufstellung von 2 zusätzlichen Fahrradbügeln zu prüfen.

Begründung:

Die Teilfläche der Straßenparzelle 1127 steht m.E. im Eigentum der Stadt. Die Fläche ist bereits befestigt (gepflastert). Der Zugang zu den Häusern „Am „Kahlen Berg 1 und 2“ wird nicht beeinträchtigt. Ein direkter Zugang zum Botanischen Garten ist über die Treppe neben dem Briefkasten möglich. Die vorhandenen Bügel im Botanischen Garten sind nicht ausreichend (siehe Fotos vom 08.05.2022).





Herr Brunnert verweist auf den Antrag der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 28.05.2020, TOP 5.2 mit dem die Verwaltung gebeten wurde, zu prüfen, ob 10 Fahrradbügel, möglichst überdacht, im unteren Bereich der Erweiterungsfläche des Botanischen Gartens errichtet werden können.

Hierzu sei trotz abgeschlossener Erweiterung bisher kein Vorschlag von der Verwaltung an die Bezirksvertretung erfolgt.

Den heutigen Antrag möchte er als Anregung/Ergänzung zu dem bereits erfolgten sehen.

Herr Heimbeck schlägt ebenfalls zur Ergänzung des bereits erfolgten Antrages eine Fläche für Fahrradstellplätze am Eingangsbereich vor.

Herr Weigert unterstützt den Antrag, sieht diesen ebenfalls als Ergänzung an, da es sich um nur 2 Stellplätze handele. Eine Überdachung halte er grundsätzlich nicht für erforderlich.

Herr Spilker schließt sich Herrn Weigert an.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten im Bereich des Nebeneingangs zum Botanischen Gartens an der Treppe vor dem Haus „Am Kahlen Berg 2“ die Aufstellung von 2 zusätzlichen Fahrradbügeln zu prüfen.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 6.2

Höchstgeschwindigkeit auf dem OWD in Gadderbaum

Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4143/2020-2025

Frau Pfaff ruft die Vorlage auf und bittet um Beschlussfassung.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss die Voraussetzungen für die Anordnung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf dem OWD – im Stadtbezirk Gadderbaum - und nach Möglichkeit darüber hinaus – auf 60 km/h tagsüber und 60 km/h nachts (von 22 Uhr bis 6 Uhr) aus Gründen des Lärmschutzes und des Gesundheitsschutzes zu treffen, so dass dieses zeitnah umgesetzt werden kann.

Begründung:

Die Eilbedürftigkeit folgt aus den Umsetzungsfristen zum Luftreinhaltplan nach 47 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG).

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Herr Brunnert verweist auf die Klage zweier Anwohner über diese jetzt entschieden worden sei. Die Werte für den Gesundheits- und Immissionsschutz seien nur bei einer Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen. Daher sollte Tempo 60km/h 24 Stunden gelten. Eine Reduzierung auf ein Tempo von 60km/h würde zudem das höhere Verkehrsaufkommen optimieren, da die Abstände zwischen den Autos kürzer sein dürfen und auch weniger Unfälle passieren würden.

Daher empfehle sich eine Temporeduzierung auf 60km/h über den Stadtbezirk Gadderbaum hinaus für den gesamten Ostwestfalendamm (OWD).

Er bittet um Behandlung im nächsten Stadtentwicklungsausschusses.

Herr Strauch kann dem Antrag folgen, zumal sich im Vergleich zu Tempo 100km/h nur eine Verlängerung der Fahrzeit von 3 Minuten ergäbe.

Herr Klein führt ergänzend aus, dass es bei den stattgefundenen Baustellen auf dem OWD keine Verlagerung auf die Artur-Ladebeck-Straße gegeben hätte.

Herr Weigert hält die Forderung für zu weitreichend und plädiert dafür, zunächst das gesamte Gutachten ab zu warten.

Herr Heimbeck unterstützt den Antrag.

Herr Spilker schließt sich Herrn Weigert an, plädiert für eine Tem-

postaffelung nach Tageszeiten und Berücksichtigung der Auswirkungen des Flüsterasphaltes.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss die Voraussetzungen für die Anordnung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf dem OWD – im Stadtbezirk Gadderbaum - und nach Möglichkeit darüber hinaus – auf 60 km/h tagsüber und 60 km/h nachts (von 22 Uhr bis 6 Uhr) aus Gründen des Lärmschutzes und des Gesundheitsschutzes zu treffen, so dass dieses zeitnah umgesetzt werden kann.

- mit großer Mehrheit beschlossen -
-.-.-

Zu Punkt 7

Information über das Bauprogramm 2022 - 2027
Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 3808/2020-2025

Frau Pfaff verweist auf die Vorlage und bittet um Kenntnisnahme.

Ohne weitere Aussprache nimmt die Bezirksvertretung Gadderbaum Kenntnis.
-.-.-

Zu Punkt 8

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2023 - 2025
Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 3999/2020-2025/1

Frau Pfaff verweist auf die Vorlage und bittet um Beschlussfassung.

Sie empfiehlt zu beschließen, und sich auf die Fachverwaltung und die Beratung in den Fachgremien zu verlassen.

Herr Spilker schließt sich Frau Pfaff an und teilt mit, sich wegen fehlender Fachkompetenz daher zu enthalten.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

1. Das bewährte System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) zwischen der Stadt Bielefeld und den freien Träger*innen der Jugendhilfe und der Sozialen Arbeit wird in den Jahren 2023-2025 weitergeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage A aufgeführten Bestandsverträge mit den freien Träger*innen für drei weitere Jahre abzuschließen.
2. Die in der Anlage B aufgeführten Angebote wurden bislang über

das Integrationsbudget finanziert und sind in der mittelfristigen Finanzplanung der nachfolgenden Jahre bereits berücksichtigt. Die Verwaltung wird beauftragt, auch hierüber Verträge für die Jahre 2023-2025 abzuschließen und diese damit in das Regelsystem der LuF aufzunehmen.

3. In der Anlage C werden weitere Veränderungen dargestellt, die sich in der laufenden Vertragsperiode ergeben haben. Es handelt sich dabei um Angebote, die
 - a. zusätzlich aufgrund bereits vorliegender politischer Beschlüsse in das LuF-System aufgenommen wurden und
 - b. die aus einer Zuschussfinanzierung erstmalig in das LuF-System aufgenommen werden sollen.

Für b. entstehen dadurch im Haushaltsjahr 2023 Mehrkosten in Höhe von ca. 5.000 €/Jahr aufgrund der im LuF-System vorgesehenen Dynamisierung der Vertragssummen, die im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt 2023 bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, auch diese Verträge für die Jahre 2023-2025 zu verlängern beziehungsweise abzuschließen.

4. In der Anlage D sind Angebote enthalten, für die bereits politische Beschlüsse vorliegen bzw. deren Aufnahme bzw. Aufstockung im LuF-System unabdingbar sind. Die Mehrausgaben in Höhe von 895.000 im Jahr 2023 sind bereits im Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 enthalten. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Vereinbarungen zu schließen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, den Fachausschüssen gegenüber bis zu den jeweiligen ersten Sitzungen nach der Sommerpause eine fachliche Einschätzung zur Notwendigkeit und Dringlichkeit der von den Trägern beantragten und in der Anlage E aufgeführten Anpassungen der Finanzierung und / oder der Leistung abzugeben.
6. Für die Übernahme der zusätzlichen Kosten von bereits angestoßenen Projekten, unter anderem für das Betreiben der neuen Stadtteilzentren, sind zu gegebener Zeit Beschlussvorlagen in die politischen Gremien einzubringen. Eine Aufnahme in das Regelsystem der LuF wird angestrebt.
7. Für die Ausfertigung der LuF wird der für die letzte Vertragsperiode abgestimmte Vertragstext genutzt, sodass die darin befindlichen Regelungen zu den Steigerungen bei den Personal- und Sachkosten sowie auch die Übertragungsmöglichkeit von Verlusten und Gewinnen in das Folgejahr unverändert Anwendung finden.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Vertragspartner*innen durch Abfrage eine Darstellung über deren Tarifanwendung zu schaffen. Die Informationen werden in nichtöffentlicher Sitzung den Fachausschüssen präsentiert. Eine tarifliche Bindung bzw. die Anwendung von Tarifverträgen bei allen Träger*innen wird mittelfristig angestrebt.
9. Zusammen mit den Vertragspartner*innen werden die Erfahrungen aus der Leistungserbringung in der Corona-Krise ausgewertet. Erfahrungen aus der Umsetzung des Corona-Aktionsplans werden bei der Weiterentwicklung der Angebote berücksichtigt, soweit dies fachlich sinnvoll bzw. geboten ist.
10. Die Verwaltung wird beauftragt, die inhaltlich gesetzten Schwerpunktthemen „Umweltschutz, Medienkompetenz und Diversität“ gemeinsam mit den Vertragspartner*innen weiterzuentwickeln

und umzusetzen. Dabei sind auch quartiersorientierte Ansätze und eine verstärkte Einbeziehung von Mig-
rant*innenorganisationen zu prüfen. Die Verwaltung wird ge-
beten, im Rahmen der dialogischen Verfahren konkrete Umset-
zungsschritte zu vereinbaren.

11. Die dialogischen Verfahren während der Vertragsperiode werden in den Bereichen Senior*innenarbeit, Offene Kinder- und Ju-
gendarbeit, Frauenprojekte, zielgruppenübergreifende Quartiers-
arbeit und Sucht fortgesetzt. Die Angebote im Bereich Selbsthilfe
werden neu in das dialogische Verfahren aufgenommen.
12. Die Verwaltung wird in den Fachausschüssen über die fachli-
chen Herausforderungen und inhaltlichen Weiterentwicklungen
in den jeweiligen Handlungsfeldern informieren.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Mandatsverlust BV Gadderbaum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4121/2020-2025

Frau Pfaff ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Sie merkt an, dass die Bezirksvertretung keine Schuld treffe.

Nachdem die Bezirksvertretung erfahren habe, dass Frau Maler und
Herr Drakos den Wohnort gewechselt haben, wurde kein Problem
darin gesehen, Herrn Werner und Herrn Faust ins Gremium zu ho-
len.

Dass offiziell durch Beschluss erst bestätigt werden müsse, dass
beide durch Umzug das Mandat verloren haben, könne die Bezirks-
vertretung nicht wissen.

Herr Heimbeck weist daraufhin, dass dieses Verfahren erst durch
die Anfrage der SPD Fraktion initiiert worden sei.

Herr Weigert sieht ebenfalls keine Schuld bei der Bezirksvertretung
und auch nicht bei der CDU Fraktion, sondern sieht es als Verfah-
rensfehler der Verwaltung.

Herr Brunnert merkt an, dass sich keine Schuldfrage stelle. Denn
üblich sei es, dass sich ein Bezirksvertretungsmitglied abmelde. In
diesem Fall hätte es eine rückwirkende Ummeldung gegeben.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Gadderbaum stellt fest, dass das Mit-
glied, Frau Bezirksvertreterin Margarita Maler, ihr Mandat verloren
hat, weil die Voraussetzungen ihrer Wählbarkeit nach der Wahl
durch einen Wegzug aus dem Wahlgebiet des Stadtbezirkes Gad-
derbaum weggefallen sind.
2. Die Bezirksvertretung Gadderbaum stellt fest, dass das Mit-

glied, Herr Bezirksvertreter Georgios Drakos, sein Mandat verloren hat, weil die Voraussetzungen seiner Wählbarkeit nach der Wahl durch einen Wegzug aus dem Wahlgebiet des Stadtbezirkes Gadderbaum weggefallen sind.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 10

Wesentliche Neuerungen durch das 5. Änderungsgesetz zum Kommunalabgabengesetz (KAG) für das Land NRW

hier: Erstellung eines Straßen- und Wegekonzeptes der Stadt Bielefeld für die Jahre 2022 - 2026 sowie Festlegung von geringfügigen Maßnahmen im Sinne des § 8a Absatz 4 KAG.

Übertragung von in § 8a KAG geregelten Zuständigkeiten, Fortschreibung der Zuständigkeitsordnung des Rates sowie Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates; Änderung der Hauptsatzung.

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1631/2020-2025

Frau Pfaff ruft die Vorlage auf.

Herr Brunnert verweist auf die bisher üblichen Prioritätenlisten. Bisher sei die Erneuerung z. B. von 1-2 Kanälen im Jahr vorgestellt und besprochen worden.

Die vorgelegte Vorlage sei viel zu umfangreich und nicht nach Stadtgebieten geordnet.

Bei der Abrechnung von Straßen müsse die Verwaltung ein Konzept nach § 8a des Änderungsgesetzes erstellen, woher die Verwaltung die Unverbindlichkeit nähme, erschließe sich ihm nicht. Dies steht nicht in den rechtlichen Grundlagen.

Für eine Verbindlichkeit sei die Liste zum einen viel zu umfangreich und von der Verwaltung ohne Beratung in der Bezirksvertretung festgelegt worden.

Zudem sei z.B. die Straße Langenhagen -Haller Weg zum Teil erneuert worden, trotzdem sei die ganze Straße wieder als Maßnahme aufgenommen worden.

Wenn die Aussage der Verwaltung zutrefte, dass es sich um eine unverbindliche Liste handele, warum bestände dann eine dringende Notwendigkeit zu beschließen.

Herr Brunnert bittet um 1. Lesung und Behandlung der Liste in einer interfraktionellen projektbezogenen Arbeitsgruppe mit dem Amt für Verkehr.

Herr Spilker geht davon aus, dass die Verwaltung eine pro Forma Liste erstellt hätte, die unverbindlich sei, da die Beitragspflicht demnächst für Anwohner entfallen solle.

Herr Heimbeck stört sich auch an der Unverbindlichkeit und hält die

Durchführung der aufgelisteten 40 Maßnahmen nicht für realistisch.

Herr Brunnert hält auch wegen der geltenden Verjährungsfristen bei der Abrechnung der Maßnahmen die Dringlichkeit für nicht gegeben und schlägt eine Beratung in der nächsten Sitzung vor. Geringfügige (z.B. der Austausch von einzelnen Laternen) müssten nicht durch die Bezirksvertretung geklärt werden; grundsätzlich möchte die Bezirksvertretung aber im Vorfeld mitentscheiden.

Herr Klein bittet auch nochmal um eine bezirksbezogene Bündelung der Maßnahmen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum beschließt die 1.Lesung der Vorlage und empfiehlt den anschließenden Gremien (Stadtentwicklungsausschuss und Rat) ebenfalls die Behandlung des Tagesordnungspunktes als 1. Lesung.

Zudem bittet sie die Verwaltung vor Beschlussfassung um die Beratung der Maßnahmenliste in einer interfraktionellen projektbezogenen Arbeitsgruppe.

-einstimmig beschlossen-

1. Lesung -

Zu Punkt 11

Vorstellung der Arbeit des Dorf Sentanas

Frau Pfaff begrüßt Frau Mira von der Heide und Frau Kristin Albrecht vom Dorf Sentana.

Frau von der Heide stellt das Dorf und die Arbeit dort an Hand einer Präsentation vor.

Mit 60 Tieren (Haus- und Nutztiere) sei das Dorf ausgelastet. Die Tiere werden vermittelt über den Tierschutzverein, Privatpersonen und durch Rettung (Schlachtung). Der Bedarf sei enorm.

Insbesondere der Ausbau des sozialen Bereiches würde mit großem Aufwand betrieben.

Über das Angebot von Hofführungen, Seminarräumen, die auch für kleinere Familienfeiern buchbar seien, den Kiosk mit den Merchandise Artikeln, sowie der Hundetagesstätte würden Einnahme akquiriert.

Frau Pfaff bedankt sich für die Vorstellung.

Herr Althoff möchte wissen, ob es verhaltensauffällige Tiere gäbe und ob auch eine Urlaubsbetreuung/Tierpension möglich sei?

Frau von der Heide antwortet, dass grundsätzlich jedes Gehege verschlossen sei. Lediglich die Kuh Elsa sei verhaltensauffällig, die Hunde würden oft bellen, eine Gefahr gehe von den Tieren jedoch nicht aus.

Herr Weigert fragt nach, wieviel Personen im Seminarraum Platz fänden?

Frau von der Heide teilt mit, dass dieser Platz für 25 Personen bittin würde.

Herr Heimbeck vermutet, dass ein Großteil der Finanzierung durch Spenden erfolge. Er erkundigt sich, was geschehe, wenn in unbeständigen Zeiten, wie im Moment, Spenden wegfallen würden, wie dann die Finanzierung gesichert sei?

Frau von der Heide bejaht, dass der Großteil der Finanzierung Spenden basiert sei. Zurzeit wären viele Großspenden ausgeblieben, jedoch seien die Einzelspenden erfreulicherweise gestiegen. Für das verlässliche Planen seien besser feste Monatsspenden über Patenschaften, Mitgliedsbeiträge etc.. Ein Viertel der Kosten würde durch den Stiftungsgründer und Förderer Ralph Anstoetz getragen, im Bedarfsfall auch mal mehr.

Herr Strauch möchte wissen, wieviel Ehrenamtliche in dem Dorf helfen würden?

Frau von der Heide teilt mit, dass sich fast 50 Ehrenamtliche, durchschnittlich 45 Jahre alt, im Dorf immer für einen Aufgabenbereich tätig seien.

Herr Klein erkundigt sich nach der Durchlaufquote der Tiere.

Frau von der Heide führt aus, dass die Hühner in der Regel nach einem Jahr sterben würden. Für jedes Huhn gäbe es einen Gedenkstein. Seit der Eröffnung im Jahr 2017 seien des Weiteren ein paar Hunde, ein Schwein und drei Ziegen gestorben.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12

Vorstellung der Arbeit des Vereines "Laika-Trost auf vier Pfoten" e.V.

Frau Pfaff begrüßt Frau Ingrid Littmann, Monique Kluß und Susanne Jaene vom Verein „Laika-Trost auf vier Pfoten“.

Frau Littmann berichtet zunächst über die grundsätzliche Arbeit des seit 2018 eigenständigen Vereines, nämlich durch Kontakt mit Hunden und auch den Tieren auf dem Gelände des Dorfes Sentana, Kinder bei ihrer Trauer zu begleiten. Oft hätten die Kinder Schlimmes erfahren und erlebt.

Sie erhielten viele Anfragen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe und zur Fachberatung von Kitas und Schulen. Hierzu hätten sie auch einen Trostkoffer entwickelt, den sie auch dafür anböten.

Ebenfalls hätten sie ein Kinderbuch herausgebracht: **Trost auf vier Pfoten.**

Zunächst hätte sich der Verein durch einen Landeszuschuss als Pilotprojekt von 2018 bis 2020 finanziert. Nun seien sie dringend auf eine andere Finanzierung angewiesen und hätten das Jugendamt um eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung gebeten. Da es durchaus Stiftungen gäbe, die sie unterstützen würden, dies aber abhängig von einer Anfinanzierung sei, wäre die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung wichtig für den Verein.

Frau Kluß stellt danach noch kurz die Angebote des Vereins vor:

- ein auf Familien persönlich zugeschnittenes Setting,
- Trauerbegleitung mit den Hunden und weiteren Tieren auf dem Hof; Dauer ca. 1 Stunde,
- Begleitung bei der Abschiedsphase, sowie
- 8 weitere verschiedene Gruppenangebote.

Frau Pfaff bedankt sich für die Vorstellung.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 13.1 Verwendung der restlichen bezirklichen Kulturmittel 2021 TOP 15, Sitzung vom 18.11.2021

Herr Hellermann teilt unter Bezugnahme auf den Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum mit, dass das Movement Theater die bezirklichen Kulturmittel vom letzten Jahr für das Konzert im Pius Stift verwendet habe und verliest die

Mitteilung von Anke Koster vom Movement Theater:

Am Donnerstag, dem 12.5. konnte nun endlich ein erstes Konzert im Pius-Stift stattfinden. Leider hat das Wetter nicht mitgespielt, da es zu windig war, aber die Stimmung auf den beiden Begegnungsrondellen des Altenheims war trotzdem großartig. Mit Liederbüchern versorgt, konnten alle Teilnehmenden die "Lieder von der Waterkant" mitsingen. In einem Fall hat ein Bewohner sogar das ganze Konzert auf der Mundharmonika begleitet. Wir danken herzlich für die Unterstützung, die wir an die Künstler weiterreichen konnten

und drücken die Daumen für einen glücklichen Wahlausgang!

Ohne weitere Aussprache nimmt die Bezirksvertretung Gadderbaum Kenntnis.

Zu Punkt 13.2

**Schutz der Tiere und Umsetzung aktueller gesetzlicher Vorgaben im Heimat-Tierpark Olderdissen
TOP 8, Sitzung vom 28.04.2022**

Herr Hellermann teilt unter Bezugnahme auf den Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum, der Umzäunung des Tierparkes zu zustimmen, mit, dass der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes die Umzäunung beschlossen habe.

Ohne weitere Aussprache nimmt die Bezirksvertretung Gadderbaum Kenntnis.

**Hannelore Pfaff
Bezirksbürgermeisterin**

**Andrea Kimpel
Schriftführerin**